

Untersuchung von Pflegeheimen Patientenvertreter fordern lückenlose Aufklärung

24.04.2012, 10:09 Uhr

Vor fünf Jahren stellten Prüfer gravierende Mängel in deutschen Pflegeheimen fest. Nun wird ein neuer Untersuchungsbericht vorgestellt. Patientenschützer fordern, alle Missstände offenzulegen.



Altenpflege: Bei der Dokumentation wird häufig getrickst. Quelle: dpa

Berlin Vor der Veröffentlichung neuer Erkenntnisse über die Zustände in den deutschen Pflegeheimen haben Patientenvertreter die Krankenkassen zur Offenlegung aller Missstände aufgefordert. An diesem Dienstag (11.30 Uhr) stellt der Medizinische Dienst der Krankenkassen seinen neuen Pflege-Qualitätsbericht vor.

Der Vorläufer-Bericht hatte vor fünf Jahren Politiker alarmiert. Mängel bei Ernährung und Flüssigkeitsversorgung gab es bei etwa jedem dritten Pflegebedürftigen. Bei jedem zehnten Heimbewohner und bei 5,7 Prozent der Pflegebedürftigen daheim stellten die Prüfer einen akut unzureichenden Pflegezustand fest.

Der Vorstand der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung, Eugen Brysch, geht davon aus, dass es ungebrochen gravierende Fehlentwicklungen gibt. „42 Prozent der Menschen in Pflegeheimen leben unter freiheitsentziehenden Maßnahmen“, sagte er der Nachrichtenagentur dpa in Berlin. Pflegebedürftige würden oft mit Bändern am Bett gefesselt. „Der Medizinische Dienst der Krankenkassen sollte seine Erkenntnisse darüber offenlegen.“

Wenn Heimbewohner im Bett mit Bändern fixiert oder mit Gittern dort gehalten werden, müsse dies auch in die Notengebung des Pflege-TÜV eingehen, forderte Brysch zudem. „Wir kritisieren seit Jahren, dass das Fälschen und Frisieren von Pflege-Dokumentationen, die der Medizinische Dienst einsieht, nicht bestraft wird“, sagte Brysch weiter. Rund 30 Prozent der

Dokumentationen in den Pflegeheimen stimmten nicht. Brysch forderte die Politik auf, auf mehr angestellte Ärzte in Heimen hinzuwirken. Auf diese Weise könnten 40 Prozent der Krankenhauseinweisungen aus Heimen heraus vermieden werden.

„Von den 700.000 Menschen in Pflegeheimen müssen 500.000 Menschen eine zumindest partielle Schmerztherapie haben“, sagte Brysch zudem. „Der Schmerzpatient in einem Pflegeheim ist aber so selten wie der Löwe in der Wüste.“ Unterm Strich könne der Medizinische Dienst der Kassen nur eine traurige Statistik führen. Angesichts der stark verbesserungswürdigen Zustände sei der Dienst zahnlos.

Fast zur gleichen Zeit wie die Krankenkassen geht der Deutsche Ethikrat mit dem Thema an die Öffentlichkeit. Er veröffentlicht an diesem Dienstag (11.00 Uhr) seine Stellungnahme zu „Demenz und Selbstbestimmung“. In seinen Empfehlungen will der Ethikrat auch konkrete Vorschläge etwa zum Problem der freiheitsbeschränkenden Maßnahmen sowie zur Versorgung von Demenzkranken machen.

Am Donnerstag dann wird die Pflegereform der Koalition erstmals im Bundestag debattiert. Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) verspricht darin mehr Hilfen für 500.000 Demenzkranke und kleinere Verbesserungen. Die Opposition hatte sich enttäuscht gezeigt und vor einer Pflegekatastrophe gewarnt. Vertreter der Pflegebranche hatte Bahrs Konzept als unzulänglich kritisiert. Der Beitrag zur Pflegeversicherung soll zum 1. Januar 2013 von 1,95 auf 2,05 Prozent steigen. Dies soll gut eine Milliarde Euro mehr pro Jahr bringen.